

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 2

Halle (Saale), 25. Januar 1931

12. Jahrgang

## Aus der Staatspartei

Bezirk Halle-Merseburg

Minister Dr. Schreiber in seinem Wahlkreis

Seit Dezember v. Js. hat Minister Dr. Schreiber in seinem Wahlkreis Halle-Merseburg eine Reihe von Versammlungen abgehalten, die durchweg einen sehr starken Besuch aufwiesen. Den Auftakt dazu gab eine in Halle abgehaltene Versammlung, die in Form eines Aufklärungs- und Ausspracheabends stattfand und einen so starken Besuch hatte, daß der geräumige Saal polizeilich gesperrt und eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Ein ähnlicher Erfolg war bisher in den Orten Weißenfels, Sangerhausen und Eisleben zu verzeichnen. Bemerkenswert war dabei, daß der Kreis der Versammlungsbesucher sich aus allen Berufen, der Industrie, der Wirtschaft, des Handwerks und besonders der Beamten und Angestelltenschaft zusammensetzte. Diese Kreise waren durch besondere Einladungen zum Besuch der Veranstaltung angeregt worden und hatten dieser Anregung in erfreulich starker Zahl Folge geleistet. Trotzdem diese Aufklärungs- und Ausspracheabende einen öffentlichen Charakter trugen und an ihnen auch politische Gegner, besonders auch Nationalsozialisten, teilnahmen, wurde gerade von den letzteren recht wenig Gebrauch von der freien Aussprache gemacht. Minister Dr. Schreiber zeichnete in diesen Versammlungen in seiner klaren und überzeugenden Sprache die Ursachen der schweren Wirtschaftskrise und ihre Folgen sowie gangbare Wege zu ihrer Ueberwindung auf. Er hielt dabei auch besonders eine scharfe Abrechnung mit dem kommunistischen und nationalsozialistischen Radikalismus. An einigen Orten sprach nach dem Minister auch die Hauptvertrauensfrau des Wahlkreises, Frau Studienrat Habe-Halle, und warb um die Beteiligung der Frau an der zielbewußten und aufbauenden Arbeit der Deutschen Staatspartei. Für die allernächste Zeit ist ein gleiches Vorgehen in einer Reihe von Orten im Wahlkreis beabsichtigt.

Weitere Parteiveranstaltungen im Bezirk sind in Vorbereitung in Halle, Torgau, Naumburg, Falkenberg, Eisleben, Alsleben, Oberröblingen, Schraplau, Helbra, Sangerhausen, Wittenberg, Bitterfeld, Merseburg und Gerbstedt. Redner: Minister



Dr. Schreiber, Dr. Wandersleb, Dornblüth und auswärtige Reichs- und Landtagsabgeordnete der Partei. Am Sonntag, den 25. Jan., nachmittags 4 Uhr spricht Minister Dr. Schreiber in Hettstedt.

Halle. Die Ortsgruppe hält am Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr im Hotel Rotes Roß, Leipziger Straße 76, eine **Mitgliederversammlung** ab, zu der als Redner der Führer unserer Reichstagsfraktion, **Dr. August Weber-Berlin** gewonnen ist. An die Parteifreunde in Halle und der näheren Umgebung ergehen persönliche Einladungen. Wir bitten aber auch an dieser Stelle um recht zahlreichen Besuch und bitten, Freunde und Bekannte als Gäste mitzubringen.

Um allen Parteifreunden Gelegenheit zu bieten, aktuelle Fragen untereinander zu besprechen und ihre Ansichten über die Wegrichtung der Partei untereinander auszutauschen, soll **jeden 2. Dienstag im Monat in Müllers Hotel, Magdeburger Str.**, ein zwangloser politischer **Ausspracheabend** abgehalten werden. Erstmals findet dieser Abend am **Dienstag, den 10. Februar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr in Müllers Hotel** statt. Der Vorstand bittet um recht zahlreiche Beteiligung.

Diemitz. In einer von der Ortsgruppe am 21. Januar einberufenen, gut besuchten Versammlung sprach Landrat **Dr. Wandersleb**, über das Thema: „Selbstmord oder Aufbauwille im Krisenjahr 1931“. In eindrucksvoller Weise kennzeichnete er die innere Unwahrhaftigkeit der nationalsozialistischen Bewegung, die bewußt alles auf die Herbeiführung einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe einstelle, und demgegenüber den Erhaltungs- und Aufbauwillen der Deutschen Staatspartei und ihrer Führer. Der Vortrag fand reichen Beifall.

**Justizrat Dr. Landsberg-Naumburg 70 Jahre.** Am 5. Febr. kann unser langjähriger Parteifreund, Justizrat Dr. Landsberg-Naumburg auf ein 70 jähr. Lebensalter zurückblicken. Wir bringen dem auch in seinem Wohnort hochgeschätzten und verdienstvollen Jubilar herzliche Glückwünsche dar und danken ihm für die stete Förderung unserer gemeinsamen politischen Ideale. Der geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes wird diesem Dank besonderen Ausdruck geben.

#### **Ein Erlaß des Provinzialschulkollegiums und sein Echo bei Elternbeiräten.**

Das Provinzialschulkollegium hat kürzlich unter Zeichnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Dr. Falck einen Erlaß herausgegeben, in dem es zunächst jede staatsfeindliche Betätigung von Schülern an höheren Lehranstalten sowohl in linksradikale wie in rechtsradikaler Art verbietet. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf wahlmündige Schüler, da diesen eine besondere Stellung im Schulleben nicht eingeräumt werden könne, sie vielmehr, auch wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben, der

Schulordnung unterworfen bleiben. Weiter besagt der Erlaß, daß bei festgestelltem Uebertreten dieses Verbots vom Lehrerkollegium eine Untersuchung einzuleiten und vor dem Beschluß des Lehrerkollegiums an das Provinzialkollegium ausführlicher Bericht zu erstatten ist. Kommen Uebertretungen von Schülern mehrerer Anstalten in Frage, so ist zwecks Erzielung einheitlichen Vergehens vor Einleitung der Untersuchung an das Provinzialschulkollegium zu berichten. Und letztens wird in dem Erlaß betont, daß Schüler die Veranstaltungen staatsfeindlicher Organisationen auch nicht in Begleitung von Erziehungsberechtigten besuchen dürfen.

Dieser Erlaß hat zu einer Protestkundgebung der vereinigten Elternbeiräte aller neun halleschen höheren Lehranstalten geführt. Man hat sich in dieser Kundgebung mit dem Erlaß beschäftigt und schließlich ein längeres Schreiben an das Provinzialschulkollegium gerichtet, in dem die Aufhebung des Erlasses, besonders den wahlmündigen Schülern gegenüber und die Zurücknahme des Verbotes des Besuchs staatsfeindlicher Veranstaltungen in Begleitung Erziehungsberechtigter gefordert wird. In ersterem Falle soll die Reichsverfassung verletzt und die wahlmündigen Schüler bei Ausübung ihres Wahlrechts behindert sein, da sie sich doch auch durch Besuch von Veranstaltungen staatsfeindlicher Organisationen unterrichten müßten. Auch könne der Begriff „staatsfeindliche Organisationen“ nicht von einer Entscheidung des Provinzialschulkollegiums abhängig gemacht werden. Im zweiten Falle wird das Verbot des Besuchs staatsfeindlicher Veranstaltungen durch Schüler in Begleitung von Erziehungsberechtigten als ein unzulässiger Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern angesehen. Diese seien verpflichtet, die für das Leben notwendigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten ihrer Kinder mit auszubilden und dazu gehöre im modernen Staat auch die Kenntnis von Grundlagen der Politik.

In der halleschen Presse ist der Wortlaut des Erlasses des Provinzialschulkollegiums und des Protestes der Elternbeiräte veröffentlicht worden. Dabei haben die Halleschen Nachrichten eigenes dazu nicht gesagt und die Saale-Zeitung hat sich mit der einfachen Bemerkung begnügt „man könnte auf die Rückäußerung des Provinzialschulkollegiums gespannt sein“. Das ist sehr vorsichtig und sehr neutral gehandelt, heißt u. E. aber, an dem Kern der Angelegenheit vorübergehen. Schule und Elternhaus bilden die wichtigsten Faktoren bei der Heranbildung der Jugend zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern. Eine Aufgabe, die für Staat und Volk in der Gesamtheit von allergrößter Bedeutung ist und im Artikel 148 der Reichsverfassung in pflichtgemäßer Erziehung zur staatsbürgerlichen Gesinnung besonderen Ausdruck gefunden hat. Gewiß wird dabei, wie in der Antwort der Elternbeiräte mit Recht betont ist, die Einführung der Jugend in die Kenntnis der Grundlagen der Politik erforderlich sein. Aber enthält denn der Erlaß des Provinzialschul-

kollegiums in dieser Beziehung ein Verbot? Kenntnis der Grundlagen der Politik und Beschäftigung oder gar persönliche Betätigung in Parteipolitik sind u. E. etwas von Grund aus Verschiedenes. Will man letzteres auch als Aufgabe der Schule und Elternbeiräte und schließlich sogar als Recht der heranwachsenden Jugend in Anspruch nehmen, dann muß dies zu einem Zustand des Gegeneinanderstehens, zu einer gegenseitigen und je nach dem Temperament des einzelnen mit mehr oder weniger Leidenschaft ausgetragenen Bekämpfung führen, die nicht erzieherisch, vielmehr nur zerstörend in der Schule und in den Reihen der Jugend wirken kann. Wären wir in Deutschland soweit wie in anderen demokratisch und republikanisch denkenden Völkern, dann ließe sich auch hierüber noch reden, aber bei uns wird ja bisher immer noch jeder als national minderwertig, wenn nicht gar als Vaterlandsfeind, hinstellen versucht, der nationalistische Gedanken ablehnt.

Ein Irrtum ist es auch, dem Provinzialschulkollegium das Recht der Bestimmung über Staatsfeindlichkeit von Organisationen, soweit es die Schule betrifft, abzusprechen. Wer soll denn sonst darüber bestimmen? Etwa Lehrerkollegien oder Elternbeiräte? In diesem Falle würde man an der einen Schule so und an der anderen anders befinden und statt Einheitlichkeit würde Wirrwarr herrschen. Und ein besonders starker Irrtum ist es, wenn man sich bei einschränkenden Maßnahmen immer auf die Verfassung und auf die durch sie gewährleistete demokratische Freiheit des Staatsbürgers beruft. Gewiß ist Demokratie identisch mit staatsbürgerlich-freiheitlichem Denken, Aber auch der demokratisch regierte Staat muß Grenzen ziehen, wenn es sich um öffentliche Bekundung von Mißachtung und Androhung von Gewalt ihm gegenüber handelt und darf am allerwenigsten in der Schule die Dinge gehen und treiben lassen. Schüler ist und bleibt eben Schüler und muß der Schulordnung in seinem Verhalten unterstellt sein. Ist er bereits im wahlmündigen Alter, dann muß er sich trotzdem im propagandistischen Eintreten für parteipolitische Auffassung Beschränkungen gefallen lassen. Wählen kann er ja wie er will.

Wir machen diese Ausführungen vor der Rückäußerung des Provinzialschulkollegiums und trotz der Einstellung der Elternbeiräte, soweit sich diese den Protest zu eigen gemacht haben, weil die vorliegende Angelegenheit die Allgemeinheit stark interessiert und von allen Seiten beleuchtet werden muß. D.

---

---

**Werben auch Sie für unser Parteiblatt  
„Politischer Wegweiser“**

---

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 2

Halle (Saale), 25. Januar 1931

12. Jahrgang

## Aus der Staatspartei

Bezirk Halle-Merseburg

Minister Dr. Schreiber in seinem Wahlkreis

Seit Dezember v. Js. hat Minister Dr. Schreiber in seinem Wahlkreis Halle-Merseburg eine Reihe von Versammlungen abgehalten, die durchweg einen sehr starken Besuch aufwiesen. Den Auftakt dazu gab eine in Halle abgehaltene Versammlung, die

Abends stattfand  
geräumige Saal  
ung abgehalten  
er in den Orten  
erzeichnen. Be-  
ersammlungsbe-  
Wirtschaft, des  
ngestelltenschaft  
besondere Ein-  
egt worden und  
Zahl Folge ge-  
usspracheabende  
n auch politische  
lnahmen, wurde  
n von der freien  
ichnete in diesen  
genden Sprache  
und ihre Folgen  
g auf. Er hielt  
mit dem kommu-  
nus. An einigen  
ptvertrauensfrau  
nd warb um die  
nd aufbauenden  
allernächste Zeit  
Orten im Wahl-

sind in Vorbe-  
g, Eisleben, Als-  
erhausen, Witten-  
Redner: Minister

